

## Niederschrift

über die 4. Sitzung des Ausschusses für Schule und Sport am 12.05.2015  
(9. Wahlperiode)

## Tagesordnung

	Seite
<b>Öffentliche Sitzung</b> .....	4
<b>1 Einwohnerfragestunde</b> .....	4
<b>2 Schulentwicklung; Interkommunale Zusammenarbeit; Gesamtschulen Vorlage: FB3/0073/2015</b> .....	4
<b>3 Schulorganisatorische Maßnahmen; Grundschulverbund in Meerbusch-Osterath Vorlage: FB3/0213/2015</b> .....	6
<b>4 Schulentwicklung; aktualisierte Anmeldezahlen an den weiterführenden Schulen; Anlage 1</b> .....	7
<b>5 Anträge</b> .....	7
<b>6 Anfragen</b> .....	7
<b>7 Bericht der Verwaltung/Beschlusskontrolle</b> .....	8
<b>8 Termin der nächsten Sitzung: 11. Juni 2015</b> .....	8
<b>9 Verschiedenes</b> .....	8

Sitzungsort: Dr. Franz-Schütz-Platz 1, 40667 Meerbusch-Büderich, Sitzungssaal

Beginn der Sitzung: 17:00 Uhr

Ende der Sitzung: 19:00 Uhr

Anwesend:

**Vorsitzende**

Frau Renate Kox Ratsmitglied

**von der CDU-Fraktion**

Herr Hans Jürgen Denecke Ratsmitglied

Frau Marlis Docktor Ratsmitglied Vertretung für Frau Norma Köser-Voitz ab 18:35 Uhr

Frau Angela Gröters Ratsmitglied

Herr Andreas Harms Ratsmitglied

Frau Norma Köser-Voitz Ratsmitglied anwesend bis 18:35 Uhr

Herr Max Pricken Sachkundiger Bürger Vertretung für Herrn Dieter Lerch

Herr Hans Werner Schoenauer Ratsmitglied

Frau Petra Schoppe Ratsmitglied

**von der SPD-Fraktion**

Herr Michael Billen Ratsmitglied

Herr Jürgen Eimer Ratsmitglied Vertretung für Frau Christa Kohn ab 18:35 Uhr

Herr Heinz Jürgen Kaden Ratsmitglied

Frau Christa Kohn Sachkundige Bürgerin anwesend bis 18:35 Uhr

**von der FDP-Fraktion**

Herr Michael Bertholdt Ratsmitglied

Herr Thomas Gabernig Ratsmitglied Vertretung für Herrn Ralph Jörgens

**von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen**

Herr Dario Dammer Sachkundiger Bürger

Herr Jürgen Peters Ratsmitglied

**von der UWG-Fraktion**

Frau Barbara Blättermann Sachkundige Bürgerin

**von der Fraktion DIE LINKE und Piraten**

Herr Michael Eckert Ratsmitglied

**Stellv. beratendes Mitglied**

Herr Karl-Heinz Rütten Stadtsporthverband Vertretung für Herrn M.A. Mike Kunze

Frau Monika von Knobelsdorff-Brenkenhoff Katholische Kirchengemeinde Vertretung für Frau Birgit Hellmanns

**Beratende Mitglieder**

Herr Wilfried Pahlke Evangelische Kirchengemeinde

Frau Antje Schwarzburger Schulpflegschaft

Herr Burkhard Wahner Vertreter der Schulen

Frau Anne Weddeling-Wolff Vertreter der Schulen

**von der Verwaltung**

Herr Frank Maatz

Herr Detlef Krügel

Erster Beigeordneter

Bereichsleiter Fachbereich 3

**Schriftführer**

Herr Stephan Benninghoven

Fachbereich 3

es fehlen:

**von der CDU-Fraktion**

Herr Dieter Lerch

Ratsmitglied

**von der FDP-Fraktion**

Herr Ralph Jörgens

Ratsmitglied

**Beratende Mitglieder**

Frau Birgit Hellmanns

Herr M.A. Mike Kunze

Frau Natalie Napp

Katholische Kirchengemeinde

Stadtsportverband

Fraktion Aktive Bürger Meer-  
busch - Die Aktiven

Vor Eintritt in die Tagesordnung begrüßt die Ausschussvorsitzende Ratsfrau Kox alle Anwesenden, insbesondere die zahlreich erschienenen Vertreter der Schulen, Eltern und Schulkinder.

## **Öffentliche Sitzung**

### **1 Einwohnerfragestunde**

Zunächst gibt es eine Wortmeldung aus dem Publikum, die jedoch durch die Ausschussvorsitzende Ratsfrau Kox zurückgewiesen werden muss, da die Fragestellerin ihren Wohnsitz nicht in Meerbusch hat und somit kein Fragerecht besitzt.

Daraufhin ergreift Frau Prinz aus Meerbusch das Wort und bemerkt ihren Unmut stellvertretend für das gesamte Lehrerkollegium der Realschule Osterath mit Bezug zu TOP 2, weil das Lehrerkollegium eine mögliche Neuentwicklung die Realschule betreffend erst aus der Presse erfahren habe. Sie äußert ihre Enttäuschung darüber, dass im Vorfeld keine Informationen an die Schule herangetragen worden seien und wünsche sich Informationen aus erster Hand.

Herr Prinz, ein weiteres Mitglied des Lehrerkollegiums, meldet sich zu Wort und bekräftigt die Aussage der Kollegin und fordert, dass Überlegungen bezüglich der Schulentwicklung zunächst intern besprochen werden sollten.

Ratsfrau Kox erklärt, dass Schulpolitik grundsätzlich öffentlich besprochen werde, und sich das Gremium im aktuellen Fall zunächst informieren müsse, bevor Beschlüsse gefasst würden. Die Angelegenheit werde nicht hinter verschlossenen Türen, sondern mit der gebotenen Öffentlichkeit behandelt.

### **2 Schulentwicklung; Interkommunale Zusammenarbeit; Gesamtschulen Vorlage: FB3/0073/2015**

#### **Beschluss:**

Der Antrag der SPD-Fraktion wird auf die Sitzung des Schul- und Sportausschusses am 8.9.2015 vertagt.

Erster Beigeordneter Maatz erläutert ausführlich die Informationsvorlage und erklärt, dass die anlassbezogene Schulentwicklungsplanung zusammen mit den Schulen vorangetrieben werde, um das schulfachliche Know-how einfließen zu lassen.

Er berichtet anhand eines Ablaufplans (Anm. des Schriftführers: dem Protokoll beigefügt), welche formellen Voraussetzungen für eine interkommunale Zusammenarbeit zur Bildung einer gemeinsamen Verbands-Gesamtschule mit der Stadt Kaarst gegeben sein müssen und wie die zeitliche Abfolge aussehen könne. Eine Realisierung werde für August 2016 angestrebt. Es sei jedoch auch möglich, dass Fakten und Bedingungen in diesem Schulentwicklungsprozess zu anderen zeitlichen Zielen führen würden.

RR Wahner merkt an, dass eine Lösung gefunden werden müsse, um mehr Gesamtschulplätze für Schülerinnen und Schüler zu schaffen. Er halte eine Meerbuscher Dependence-Lösung für nicht gut, aber besser als die vorgestellte Lösung in Form einer Verbands-Gesamtschule im Rahmen der interkommunalen Zusammenarbeit. Den Zeitplan hält er für zu eng. Die Informationsvorlage beziehe sich nur auf Formalien, beinhalte aber nichts zu den inneren Schulstrukturen.

Ratsherr Peters erklärt, dass dem Bedarf nach weiteren Gesamtschulplätzen Rechnung getragen werden müsse, jedoch seien die rechtlichen Rahmenbedingungen sehr einschränkend. Fakt sei, dass die Meerbuscher Schülerzahlen für die Errichtung einer zweiten Gesamtschule nicht ausreichten und die vorgestellte Lösung besser sei als keine. Eine Lösung der bestehenden Konflikte müsse gefunden werden.

Ratsfrau Schoppe weist darauf hin, dass es sich bei der Vorlage lediglich um eine Informationsvorlage handele, die darstelle, dass die Bildung einer Verbands-Gesamtschule eine Möglichkeit sei, das vorhandene Problem zu lösen. Nun lägen der Politik zwei Informationen vor, zum einen eine Meerbuscher Lösung mit einer Dependance der Gesamtschule im Gebäude der Realschule Osterath und zum anderen eine interkommunale Lösung mit der Stadt Kaarst. Zudem stehe im September 2015 die Bürgermeisterwahl in der Stadt Kaarst an. Sie appelliert an den Ausschuss, diese jetzt vorgelegte Information über eine zweite Möglichkeit zur Kenntnis zu nehmen..

Ratsherr Billen kritisiert, dass die Informationsvorlage nicht durchschaubar sei und weist darauf hin, dass in Kaarst nicht derselbe Wissensstand vorherrsche wie in Meerbusch. Dort verfolge man das Ziel einer 6-zügigen Gesamtschule, so dass eine Verbands-Gesamtschule hinfällig sei. Daher plädiere die SPD-Fraktion dafür, dass für das Schuljahr 2017/18 eine Lösung gefunden werden solle und nicht bereits für das Schuljahr 2016/17. Außerdem solle eine Elternbefragung durchgeführt werden, um zu ermitteln, ob nicht doch ausreichend Schüler zusammenkämen, um eine zweite Gesamtschule in Meerbusch zu errichten. Zudem sei die Zahl der „Abschüler“ nicht bekannt und bis dato nicht berücksichtigt worden. Daher verweist er auf den Antrag der SPD-Fraktion zu diesem Tagesordnungspunkt und schlägt vor, zu diesem Thema eine Sondersitzung einzuberufen.

Ratsherr Bertholdt unterstützt die Forderung der SPD-Fraktion nach der Durchführung einer Elternbefragung und hält ebenfalls eine Sondersitzung mit neuen Erkenntnissen für sinnvoll.

Ratsherr Peters plädiert ebenso für eine Sondersitzung.

Ratsfrau Kox wendet ein, dass die Zahl der Abschüler keine Berücksichtigung finden dürfe. Bei der notwendigen Planung (Prognose) seien nur Neuanmeldungen zu berücksichtigen.

Herr Pahlke als Vertreter der evangelischen Kirchengemeinde fragt, ob parallel zur vorgestellten Lösung auch die ursprüngliche Meerbuscher Dependance-Lösung weiter verfolgt werde.

Erster Beigeordneter Maatz erklärt, dass die Bildung einer Verbands-Gesamtschule seitens der Verwaltung ausschließlich verfolgt werde, da es eine gangbare Lösung sei, um in beiden Städten ein dem Bedarf entsprechendes Gesamtschulangebot mit dann zwei Schulstandorten vorhalten zu können. Eine Elternbefragung sei aus seiner Sicht nur erfolgversprechend, wenn zuvor eine konkrete Schulform, ein Schulstandort und ein Schulprofil vorhanden sei, um Grundlage eines entsprechenden Antrags bei der Bezirksregierung sein zu können.

Sachkundige Bürgerin Kohn stellt fest, dass es zum jetzigen Zeitpunkt viele offene Fragen gebe, und die Eltern sich für ihre Kinder die bestmögliche Förderung wünschten und diese dahingehend eine Beratung über die richtige Schulform erfahren müssten. Sie setze sich daher persönlich für eine angemessene Bildung der Schüler ein. Der vorgestellte Zeitplan sei aus ihrer Sicht nicht haltbar.

Ratsfrau Kox verdeutlicht, dass es im Sinne aller Fraktionen sei, das bestmögliche Bildungsangebot für die Meerbuscher Schüler zur Verfügung zu stellen. Jedoch sei seit Jahren die Zahl der Schüler, welche eine Gesamtschule besuchen möchten, aber keinen Platz an der Schule erhalten haben, nicht ausreichend, um eine zweite Gesamtschule zu errichten. Diese gesetzliche Vorgabe könne nicht um-

gangen werden. Sie halte es ebenfalls nicht für zielführend, eine Elternbefragung ohne konkrete Schulform, Standort und Schulprofil durchzuführen.

Die Fraktionen sind sich einig, dass zunächst weitere Informationen eingeholt werden müssen und eine Vertagung in die Ausschusssitzung am 8.9.2015 erfolgen soll. Die SPD-Fraktion wird zu dieser Sitzung einen Fragenkatalog für eine mögliche Elternbefragung entwerfen.

### **3 Schulorganisatorische Maßnahmen; Grundschulverbund in Meerbusch-Osterath Vorlage: FB3/0213/2015**

#### **Beschluss:**

Der Ausschuss beschließt die Vertagung des Tagesordnungspunktes in eine Sondersitzung des Ausschusses für Schule und Sport am 11. Juni 2015. Die obere Schulaufsicht und die Schulaufsicht sollen um Teilnahme gebeten werden.

#### **Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig.

Erster Beigeordneter Maatz erläutert den Beschlussvorschlag und präsentiert die Schülerzahlen der Erwin-Heerich-Schule und der Barbara-Gerretz-Schule für die Jahre 2008 bis 2016. (Anm. des Schriftführers: Tabellen dem Protokoll beigefügt).

Der Beschlussvorschlag, die Städt. Barbara-Gerretz-Schule als Hauptstandort zu wählen, sei auf Grundlage der Schülerzahlen vor 2012 formuliert worden. Bis dato seien die Schülerzahlen der Städt. Barbara-Gerretz-Schule stets höher gewesen als die der Städt. Gemeinschaftsgrundschule Erwin-Heerich-Schule Boverth. Im Jahre 2012 sei dann die Schließung der Barbara-Gerretz-Schule per Ratsentscheid getroffen worden, infolge dessen es dort zu rückläufigen Anmeldungen gekommen sei. Dies sei dadurch begründet, dass Eltern von einer Anmeldung ihrer Kinder an dieser Grundschule Abstand genommen hätten, da Ungewissheit darüber herrschte, ob weiterhin eine Eingangsklasse gebildet werden könne. Bei einer längerfristigen Betrachtung ergebe sich wie aus den in der Sitzung gezeigten und der Niederschrift als Anlage beigefügten Tabellen eine andere Tendenz.

Er verweist darauf, dass die Verwaltung sich an dem „Leitfaden Schulorganisation“ der Bezirksregierung Düsseldorf orientiert habe, in dem die erforderlichen Verfahrensschritte und Unterlagen aufgezeigt seien, um einen Grundschulverbund im Wege der Änderung zu errichten. In der Zügigkeit gebe es keine Unterschiede zwischen den beiden Schulen, sondern lediglich bei den Kopffzahlen. Bei dem Vorschlag der Verwaltung sei zudem die gesamtstädtische Schullandschaft betrachtet worden. Neben der Städt. Mauritius-Schule als Bekenntnisschule in Buderich solle es auch weiterhin eine Bekenntnisschule in Osterath geben.

Ratsherr Schönauer erklärt, dass die CDU-Fraktion den Vorschlag der Verwaltung unterstütze, auch weil die Städt. Mauritius-Schule dem Erzbistum Köln angehöre und eine Bekenntnisschule in Osterath dem Erzbistum Aachen angehören würde und in beiden Kirchengemeinden eine Bekenntnisschule vorgehalten werden solle.

Ratsherr Peters führt aus, dass die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen dem Vorschlag der Verwaltung nicht folgen könne und unterstütze die Argumentation der Stellungnahme der Erwin-Heerich-Schule. Die aktuellen Schülerzahlen seien zugrunde zulegen und nicht die Zahlen vergangener Jahre und diese sprächen für die Erwin-Heerich-Schule als Hauptstandort. Da auch bezüglich des rechtlichen Konstruktes Klärungsbedarf vorhanden sei, empfehle sich eine Sondersitzung mit Beteiligung der Bezirksregierung vor der Sitzung des Rates am 25. Juni 2015.

Ratsherr Bertholdt pflichtet Rats Herrn Peters bei und teilt mit, dass die FDP-Fraktion ebenso die Argumentation der Stellungnahme der Erwin-Heerich-Schule unterstütze. Es sei ferner in der Schulträgerberatung 2012 beschlossen worden, die Barbara-Gerretz-Schule aufzulösen. Auch sei es wesentlich einfacher, einen Schulleiter ohne die für die Bekenntnisschule erforderliche katholische Konfession zu finden. Die Wertevermittlung erfolge an einer Gemeinschaftsgrundschule genauso wie an einer Konfessionsschule.

Rats Herr Billen pflichtet dem Vorredner bei und teilt mit, dass auch die SPD-Fraktion dem Vorschlag der Verwaltung nicht folgen könne und für die Erwin-Heerich-Schule als Hauptstandort plädiere. Außerdem sei nicht nachvollziehbar, weshalb die Verwaltung nur diesen einen Vorschlag unterbreite und nicht auch das Pendant mit der Erwin-Heerich-Schule als Hauptstandort unterbreite.

Rats Herr Eckert, stellvertretend für die Fraktion Die Linke/Piraten, fehle auch der Alternativvorschlag.

Erster Beigeordneter Maatz gibt zu bedenken, dass, wenn die Entscheidung erst im September dieses Jahres getroffen würde, man die Genehmigung kaum noch rechtzeitig beantragen könne. Die Grundschulanmeldung erfolge nämlich bereits im November. Er halte eine Entscheidung noch vor der Sommerpause für erforderlich. Ergänzend dazu weist er darauf hin, dass die seitens der Verwaltung vorgeschlagene Lösung von der Bezirksregierung als genehmigungsfähig eingestuft worden sei.

Die Fraktionen kommen abschließend überein, dass hinsichtlich der Errichtung eines Grundschulverbundes weiterer Klärungsbedarf vorhanden und eine Sondersitzung zu diesem Thema unter Beteiligung der Bezirksregierung zu diesem Thema erforderlich sei.

Ratsfrau Kox lässt über den gemeinsamen Antrag, den Tagesordnungspunkt zu vertagen und eine Sondersitzung am 11.6.2015 stattfinden zu lassen, abstimmen. Dem Vertagungsantrag wird einstimmig zugestimmt.

#### **4 Schulentwicklung; aktualisierte Anmeldezahlen an den weiterführenden Schulen; Anlage 1**

StVD Krügel erläutert die Anmeldezahlen an den weiterführenden Schulen mit Stand: 20.4.2015. Eine aktuellere Fassung wird dem Protokoll beigefügt.

#### **5 Anträge**

Es liegen keine vor.

#### **6 Anfragen**

Es liegen keine vor.

## **7 Bericht der Verwaltung/Beschlusskontrolle**

StVD Krügel berichtet im Rahmen der Beschlusskontrolle, dass in der Ratssitzung vom 26. März 2015 folgende Beschlüsse gefasst wurden:

- 1.) Satzung über die Erhebung von Elternbeiträgen für die Betreuung von Kindern in Tageseinrichtungen, in der Kindertagespflege und in der Offenen Ganztagschule im Primarbereich
- 2.) I. Änderung der Richtlinien für die Sportförderung in der Stadt Meerbusch

## **8 Termin der nächsten Sitzung: 11. Juni 2015**

## **9 Verschiedenes**

Es gibt keine Wortmeldungen.

Meerbusch, den 20. Mai 2015

---

Renate Kox  
Ausschussvorsitzende

---

Stephan Benninghoven  
Schriftführer